

Gregor Beyer, Jörg-Andreas Krüger

Ist die Nachhaltigkeit im Wald ein Auslaufmodell?

Zunehmend beobachten Waldbesucher in den vergangenen Jahren Holznutzungen in unseren Wirtschaftswäldern, die die Frage aufwerfen, ob bzw. was für Wälder wir für zukünftige Generationen eigentlich noch erhalten wollen. Was den Laien angesichts von Großschirmschlägen – teils auch Kahlschlägen – eher aus einem emotionalen Gefühl heraus berührt, analysiert der Fachmann anhand umfangreicher Betriebswerke unter Berechnung nachhaltiger Nutzungssätze und kommt oftmals zu einer noch pessimistischeren Einschätzung. Eine Streitschrift.

Zeitgleich mit dieser Entwicklung tendiert der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Grundsatz „pro Forsteinrichtungsperiode mindestens eine Forstreform“ zu immer kürzeren Umtriebszeiten und gipfelt neuerdings in der Überlegung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, sich in Gänze des Landeswaldes zu entledigen. Allenthalben ist daher der einfache Zusammenhang zu vernehmen, dass der Druck, schwarze Zahlen schreiben zu müssen, ursächlich für dieses Anwachsen der Holzeinschläge sei. Doch wie so oft ist diese These genauso richtig, wie gleichfalls zu kurz gesprungen. Die Probleme sind vielfältig und treffen letztlich bis ins Mark des forstlichen Selbstverständnisses.

Die nachhaltige Bewirtschaftung aller Ressourcen ist das Ziel einer auf Zukunftsfähigkeit ausgerichteten Volkswirtschaft. Eigentlich eine leichte Aufgabe für die deutsche Forstwirtschaft, da sie doch die Wiege des Nachhaltigkeitsgedankens stellt und deutsche Förster im 19. Jahrhundert die Grundsätze einer nachhaltigen Bewirtschaftung erstmalig in ein stringentes und auf Planmäßigkeit ausgerichteten Gedankengebäude gegossen haben. Nach den Waldvernichtungen der vorangegangenen Jahrhunderte war es dabei die Grundüberlegung, die Wälder so zu nutzen, dass ein stetiger Holztertrag die kontinuierliche Versorgung mit der wertvollen Ressource sicherstellen sollte. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde diese Sichtweise zudem immer stärker auf die „ökologische Nachhaltigkeit“ ausgerichtet. So beschrieb Möller den Sinn aller Forstwirtschaft

als ein auf die „Gesunderhaltung“ des Waldes ausgerichtetes Handeln. Spätestens in Folge der Agenda 21, die 1992 in Rio de Janeiro auch von Deutschland verabschiedet wurde, ist anerkannt, dass Nachhaltigkeit stets die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte der jeweiligen Nutzung umfasst. Es kommt also nicht nur darauf an, künftigen Generationen irgendwelche Bäume zu hinterlassen, sondern vielmehr sicherzustellen, dass auch zukünftige Generationen von diesem Kapital in voller Qualität zehren können.

Naturale Nachhaltigkeit

Beginnen wir die Nachhaltigkeitsbetrachtung mit der rein naturalen Nachhaltigkeit der Holznutzung wie sie im 19. Jahrhundert begründet wurde, so stehen dafür traditionell Betriebswerke, Inventuren und statistischen Erhebungen zur Verfügung, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen angefertigt werden. Das umfassendste Werk auf oberster Ebene ist die Bundeswaldinventur (BWI). Diese wurde 1986 bis 1989 erstmalig auf dem Gebiet der heutigen alten Bundesländer und 2001 bis 2002 (BWI2) auf der gesamten deutschen Waldfläche durchgeführt. Ihr Ziel ist es, nach einem einheitlichen Verfahren die großräumigen Waldverhältnisse und forstlichen Produktionsmöglichkeiten zu erheben. Nachdem im vergangenen Jahr die Ergebnisse der zweiten Inventur vorlagen setzten geradezu Jubelstürme ein. Hatte die BWI 2 doch ans Licht gebracht, dass der gesamtdeutsche Holzvorrat mit 3,4 Mio. m³ so hoch wie noch nie war

und gleichzeitig der Zuwachs unserer Wälder weit über den Nutzungen lag. „Alles paletti – nutzt mehr Holz!“ war allenthalben zu hören.

Unter Fachleuten gab es angesichts solcher Allgemeinplätze naturgemäß einiges Kopfschütteln. So ist es unter Förstern wahrlich kein Geheimnis, dass nicht die Höhe des Vorrates, sondern dessen Struktur das entscheidende Kriterium ist. Auch das Verhältnis von Zuwachs und Nutzung sagt letztlich nichts aus, wenn nicht die entsprechende Befundeinheit dieser Aussage näher analysiert wird. Und so wurde schnell klar, dass die Bundeswaldinventur zwar hochinteressante und für Planungsprozesse wichtige Zahlen liefert, eine konkrete Beurteilung der nachhaltigen Nutzung aber letztlich nur dann möglich wird, wenn konkrete Standortseinheiten betrachtet werden.

Welches eine akzeptable und für die Beurteilung nachhaltiger Holznutzungen wünschenswerte Befundeinheit ist, ist unter Förstern ein bis heute beliebtes Streitthema. Sicher ist aber, dass eine Mindestgröße von 1000 ha gegeben sein sollte und der Idealbereich für eine Nachhaltseinheit wohl zwischen 10000 bis 20000 ha liegt. Dieses führt zunächst automatisch zur Betrachtung auf Landesebene. Analysiert man beispielsweise die für Brandenburg aktuellen Zahlenwerke, so ist auch dort zweifelsfrei eine Situation gegeben, bei der gegenwärtig die Zuwächse deutlich über den Nutzungen liegen. Aber ist darum alles nachhaltig? Mit Nichten, wie schon einige wenige Detailanalysen zeigen. Da in Brandenburg wie in allen neuen Bundes-

ländern durch die Waldprivatisierungen der letzten Jahre bedingt das Einschlagsgeschehen in Masse in jenen Beständen stattfand, die eine schnelle Tilgung der zum Walderwerb aufgenommenen Kredite ermöglichen, ist es lohnenswert die aufgelaufenen Verjüngungsrückstände unter die Lupe zu nehmen. Dabei stellt sich heraus, dass allein im letzten Jahrzehnt Rückstände in einer Größenordnung von etwa 50 000 ha aufgelaufen sind. Um eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten, müssten in Brandenburg alljährlich 8 000–10 000 ha Fläche verjüngt werden; tatsächlich sind es aber nur maximal 4 000 ha (Quelle: WBV, Vortrag R. v. Alvensleben auf der Jahrestagung des Brandenburgischen Forstvereins). Dies zeigt, dass allein der Blick unter einer eher traditionellen Nachhaltigkeitsdefinition Defizite offenbart, die zumindest Zweifel an der Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Holznutzung aufkommen lassen.

Ökologische Nachhaltigkeit

Erweitert man die Betrachtung des engen Begriffs der naturalen Nachhaltigkeit und bezieht die ökologische Nachhaltigkeit mit ein, so fällt das Ergebnis noch düsterer aus. Ökologische Nachhaltigkeit wäre gegeben, wenn die Art und Weise der Holznutzung die Artenvielfalt im Wald nicht gefährdet, im idealen Fall sogar fördert. Allen bunten Broschüren und tatsächlichen Anstrengungen zum Trotz nimmt die Artenvielfalt in den deutschen Forsten aber immer weiter ab. Auch der Hinweis der Niedersächsischen Landesforstverwaltung auf die in Niedersachsens Wäldern lebenden Seeadler, Luchse und Fischotter kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den ganz normalen waldbewohnenden Arten immer schlechter geht. Die Bestandseinbußen einst häufiger Waldvögel wie Grünspecht und Waldlaubsänger oder der im Totholz lebenden Käferarten

Heldbock und Eremit, verdeutlichen die Defizite ([1], [2]). Unterm Strich führt selbst eine solch kursorische Nachhaltigkeitsbetrachtung zu einem düsteren Fazit. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Dass in den klassischen Wirtschaftswäldern das Ausnutzen, oder zumindest Dehnen, bestehender Gesetzeslücken und das Fehlen einer stringenten Definition der guten fachlichen Praxis eine Vielfalt hochinteressanter „Nachhaltigkeitsnutzungen“ produziert ist landauf landab zu beobachten. Schachbrettartige Kleinkahlhiebe von exakt 1,8 ha Einzelgröße, weil das betreffende Landeswaldgesetz eine 2 ha Grenze gezogen hat, lassen sich vielerorts dokumentieren (Abb. 1). Dieses wird in Brandenburg noch dadurch gefördert, indem man gegen den Rat aller Experten das Wiederaufforstungsgebot aus dem Waldgesetz strich. Im Bereich Dossow, Retzdorf und Scharfenberg (Ostprignitz in Brandenburg) finden sich auf einem 380 ha großen Waldstück insgesamt 66 Flächen von etwa 2 ha Größe, genau das gleiche Schachbrettmuster zeigt sich auf ehemaligen BVVG-Flächen nördlich von Berlin.

Abb. 1: Schachbrettkahlhiebe in Brandenburg (unweit Dossow, Prignitz). Ein ca. 50 m breiter und 150 m tiefer Kahlhieb wird alle 100 m in den Wald getrieben. Entlang der Waldwege bleibt eine Baumreihe stehen, die dem ungeübten Auge eine Kulisse bietet. Das Muster umspannt eine Waldfläche von etwa 380 ha. Nach dem Brandenburgischen Waldgesetz legal – ein Beispiel für nachhaltige Waldwirtschaft? Foto G. Beyer



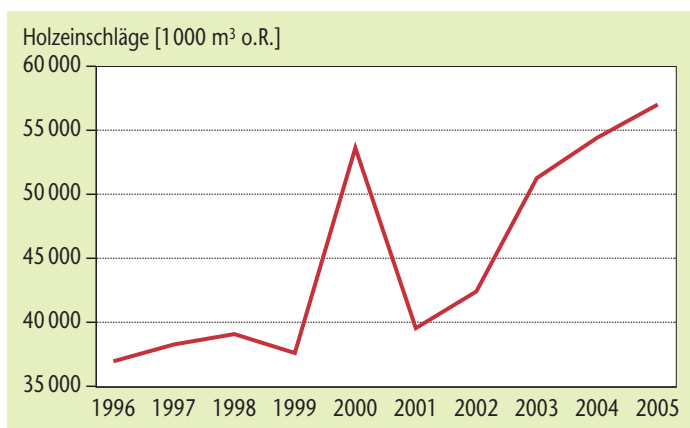


Abb. 2: Die Holzinschläge in Deutschland steigen seit 2001 mit starker Tendenz an und haben 2005 eine Höhe erreicht, die selbst die sturmbedingten Sondernutzungen des Jahres 2000 deutlich übertrifft. (Zusammengestellt nach Daten des Holzabsatzfonds.)

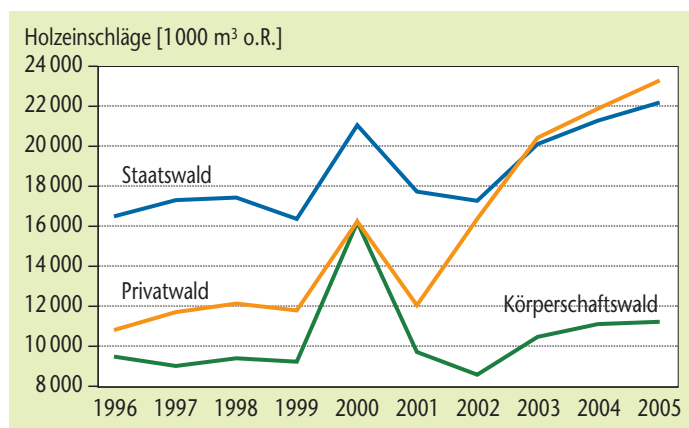


Abb. 3: Die Holzinschläge nehmen seit 2001 in allen Waldeigentumsformen zu. Die stärkste Zunahme ist in den Privatwäldern zu beobachten. (Zusammengestellt nach Angaben des Holzabsatzfonds.)

Großflächige Nutzungen, mit dem Fachbegriff „Großschirmschlag“ belegt, und natürlich immer sehr exakt innerhalb einer Restbestockung von 0,5 bis maximal 0,6 gehalten, sind insbesondere eine Spezialität des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern (s. Kasten). Ergebnis ist schlichtweg die großflächige Vernichtung der letzten alten Buchenwaldstrukturen und damit ein Rückgang der Artenvielfalt, welcher problemlos mit der Vernichtung tropischer Regenwälder verglichen werden kann.

Diese Probleme werden meist im Kontext der unterschiedlichen Waldeigentumsarten diskutiert. Wobei eine gerne benutzte Vereinfachung darin besteht, dass man Privatwäldern pauschal eine höhere Nutzungsintensität zu Lasten des Naturschutzes unterstellt, während man den Landeswäldern eine stärkere Orientierung am Gemeinwohl bescheinigt. An dieser These ist sicherlich ein wahrer Kern (Abb. 3), v. a. wenn man an jüngere Privatwälder mit starkem jagdlichen Nutzungsinteresse denkt. Gleichzeitig sind es aber gerade einige Privatwälder, die seit vielen Generationen eine wirklich naturnahe Waldwirtschaft praktizieren. Umgekehrt zeigt ein Blick in die Landeswälder, dass hier die stärkere Orientierung am Gemeinwohl klar auf dem Rückzug ist. Aktuelle Ereignisse wie die zeitweilige Suspendierung des FSC-Siegels für Landeswälder in Mecklenburg-Vorpommern bilden hier nur die Spitze des Eisberges. Landauf, landab gibt es Beispiele, so dass unterm Strich die bange Frage aufkommt, ob die deutsche Forstwirtschaft all ihr Wissen und Können aufgegeben hat.

Es bleibt letztlich festzustellen, dass es auch in dieser Frage immer auf das „Gesetz des Örtlichen“ ankommt, nämlich auf die vor Ort konkret agierenden Personen und deren Ziele. Wer nicht bereit ist unter welchen Bedingungen auch immer das Richtige zu tun, der wird in jeder Eigentumsform der bekannten Lieblingsausrede deutscher Forstwirtschaft unterliegen, nach der die Förster ja das Richtige wollten, die Gesellschaft aber leider andere Anforderungen hatte.

Einheitsfostamt ade

Um weder Resignation noch Revolution das Wort zu reden, gilt es nun den Blick auf mögliche Weiterentwicklungen und Lösungswege zu richten! Richtig ist, dass die deutsche Forstwirtschaft in einer deutlichen Krise steckt. Richtig ist auch, dass permanente Ertragsdefizite insbesondere der Landesforstverwaltungen in immer schnellerer Folge zu Forst Reformen führen, die über den Umweg der Landesbetriebe schließlich zu einer Privatisierung der forstlichen Bewirtschaftung tendieren, wenn nicht gleich zur Privatisierung des Waldeigentums. Richtig ist leider auch, dass die staatliche Forstwirtschaft nicht in der Lage scheint, diesem Prozess des Bedeutungsverlustes entgegenzutreten und das Heil in genau jenem sucht, was der Laie dann als Waldzerstörung wahrnimmt.

Eine nüchterne Analyse der Probleme führt aber zu einer einfachen Erkenntnis: Die deutsche Forstwirtschaft hat schlichtweg ein Kostenproblem, welches sich im Landeswald an erster Stelle

offenbart. Ziel der Forstwirtschaft ist die Versorgung der Gesellschaft mit der nachwachsenden Ressource Holz und Sinn und Zweck aller forstlichen Bewirtschaftung ist die Erwirtschaftung einer finanziell messbaren Rendite aus dem Waldeigentum. Aus ökologischen Gründen bedarf es jedenfalls keiner forstlichen Bewirtschaftung, denn der Wald würde auch ohne forstliche Bewirtschaftung wachsen, würde auch ohne diese saubere Luft und klares Wasser liefern und den waldbewohnenden Tier- und Pflanzenarten ihren Lebensraum stellen. Gegenteilige Darstellungen sind zwar politisch verständlich, entsprechen aber nicht der Realität.

Demgemäß ist es die Aufgabe der Bewirtschaftung die Kosten unter Wahrung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit geringer als die Erlöse zu halten. Erlöse zu steigern und die Kosten zu senken ist daher die Devise. Und die Ideen und Initiativen dafür müssen aus den Reihen der Forstleute entwickelt werden. Ohne Veränderungen zum Status quo wird es dabei sicher nicht gehen. So ist ein Grund dafür, dass dies v. a. im Landeswald bisher nicht gelang, in dem sturen Festhalten am Modell des Einheitsforstamtes zu sehen. Die Verbindung von hoheitlichen Aufgaben und die Wahrnehmung der Bewirtschaftung in einer Hand ist zwar ein unter Forstleuten bis heute viel gepriesenes Modell. Objektiv betrachtet ist dieser Irrweg aber Ursache für die in weiten Teilen ineffiziente Wahrnehmung der Bewirtschaftungsaufgaben durch die Landesforstverwaltungen. Alles was man dadurch

erreichte war das Aussitzen ökonomischer Strukturprobleme durch den Irrtum, dass die daraus entstehenden finanziellen Defizite mit Verweis auf angebliche Gemeinwohlaufgaben dauerhaft aus den Landeshaushalten abgepuffert würden. Wie sich herausstellte ging diese Rechnung aber spätestens dann nicht mehr auf, als die Landeshaushalte selbst in eine finanzielle Schieflage gerieten. Aber selbst dort, wo sich der Wind mittlerweile gedreht hat, schafft man es offensichtlich nicht, aus den Strukturen des überholten Systems auszubrechen.

Die Umstellung des Einheitsforstamtes im Landeswald auf kleine Einheiten, die privatwirtschaftlich selbstständig die Beförderung des Waldes übernehmen, könnte ein Weg zur Kostenreduktion sein und zugleich die Gestaltungsfreiheit der Förster wieder stärken. Die Größe einer solchen Einheit hätte sich dabei ausschließlich an ihrer Ertragskraft im Verhältnis zur abwerfenden Rendite zu orientieren; alles Gejammer über irrational weil dogmatisch festgelegte Reviergrößen wäre damit obsolet. Auch die Überprüfung des nach wie vor kostenzehrenden Planungsaufwands und der Irrglaube, dass ein Förster eine Standortskarte bräuchte um zu erkennen, wie der Wald wachsen soll, könnten hier Teilschritte zum Erfolg sein. Erst wenn die wirtschaftlich Verantwortlichen unter dem Verlust der eigenen Existenz gezwungen sein werden tatsächlich zu wirtschaften, erst wenn die Forstwirtschaft tatsächlich den Sprung von der Planwirtschaft zu Erwerbswirtschaft leistet, kann sich die naturgemäße Waldwirtschaft durchsetzen. Denn nur diese ist in der Lage Erträge langfristig zu sichern.

Die Landeswälder könnten sich so langsam von ihrer Rolle als Sorgenkind befreien und Veräußerungsdebatten würden langsam ersterben. Zugleich würde auch der Berufsstand wieder eine klarere Perspektive für den forstlichen Nachwuchs bieten und darüber hinaus noch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Räume leisten.

Ebenso zäh wie unerquicklich verläuft aber auch die Diskussion mit den Interessenvertretern der Privatwaldbesitzer. Das reflexhafte Säbelrasseln gegen jedwede Diskussion über Kriterien einer ökologischen Nachhaltigkeit in Kombination mit der Hoffnung auf staatliche Fördergelder haben hier zu einer ähnlich

problematischen Lage geführt. Interessanter Weise macht aber das Erstarken alternativer Waldbesitzerverbände, wie beispielsweise dem Waldbauernverband in Brandenburg, auf bemerkenswerte forstpolitische Umstände aufmerksam. Ganz offensichtlich bestimmen in Deutschland nach wie vor einige wenige Großwaldbesitzer die „Leitlinien“ der forstpolitischen Eigentumsdiskussion. Diese scheinen politische Forderungen primär an dogmatisch-egoistischen Grundsatzüberlegungen, denn einer zukunftsorientierten Sicherung nachhaltiger Waldbehandlung zu orientieren. Weitgehend unbemerkt blieb die Tatsache, dass der weitaus größte Waldbesitz einer Vielzahl von Kleinstwaldeigentümern liegt, dessen Interessen durch das Fokussieren auf den Großwaldbesitz nicht immer Rechnung getragen wird. Eine innovative Weiterentwicklung des Privatwaldes muss an den Interessen aller Waldeigentümer ausgerichtet sein. Dabei muss gelten, dass Fördermittel ausschließlich für die Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Belange ausgerichtet werden. Ziel der Förderung muss die Entwicklung der ländlichen Räume als Lebens- und Arbeitsstätte der Menschen sein.

Würde die staatliche wie die private Forstwirtschaft endlich erkennen, dass die Forstwirtschaft das Bündnis mit je-



Einschlag in der Buche nach der Grobschirmschlagmethode im Naturschutzgebiet Stechlin. Der Bestockungsgrad wurde gerade bis an die noch zulässige Grenze abgesenkt. Gefällte Großhöhlenbäume, deren Hieb auch ökonomisch völlig sinnlos ist, bleiben auf der Fläche liegen anstatt sie als stehendes Totholz im Bestand zu belassen – ökologisch nachhaltig? Foto: NABU Brandenburg

nen gesellschaftlichen Kräften suchen muss, denen ebenfalls an einer nachhaltigen Nutzung der Wälder gelegen ist, allen voran dem Naturschutz selbst, dann wären viele kräftezehrende Diskussionen obsolet. In einem solchen Bündnis könnte die Politik dann auch nachhaltig dazu bewegt werden, tatsächlich sinnlose Erschwernisse forstlicher Bewirtschaftung abzubauen. Etwa jene, die den Waldbesitz als Grundlasten übergebühren belasten und einer umfassend nachhaltigen Bewirtschaftung im Wege stehen. Eine auf umfassende Nachhaltigkeit ausgerichtete Forstwirtschaft könnte bei voller Unterstützung des Naturschutzes zu recht darauf pochen, dass sie von staatlichen Zwangsabgaben zum Ausgleich der Realisierung gesamtgesellschaftlicher Vorteile zu befreien ist.

Es bleibt festzuhalten: Die heutige Holznutzung in Deutschland ist nicht nachhaltig. Dieses jedoch nicht nur deshalb, weil sie – unabhängig von der Eigentumsform – ihr Heil in Übernutzungen sucht. Sondern weil weder eine ökologisch nachhaltige – die Biodiversität fördernde – Bewirtschaftung gegeben ist, noch eine ökonomisch nachhaltige – auf Ertragswirtschaftung ausgerichtet – Behandlung unserer Wälder. Der Verkauf von Landeswäldern zur kurzfristigen Problemlösung bleibt abzulehnen. Gleichzeitig muss jedoch ergebnisorientiert darüber nachgedacht werden, wie die Bewirtschaftung der Landeswälder organisatorisch auf wirtschaftlich gesunde Füße gestellt werden kann. Nur ein auch im ökonomischen Kontext gesunder Forstbetrieb kann die sozialen und ökologischen Funktionen langfristig garantieren. Diesen Dreiklang herzustellen, bleibt die zentrale Herausforderung an den forstlichen Bewirtschaftern!

Literatur

- [1] FLADE, M.; SCHWARZ, J. (2004): Ergebnisse des DDA-Monitoringsprogramms. Teil II: Bestandsentwicklung von Waldvögeln in Deutschland 1989–2003. In: Die Vogelwelt, 3–4/2004. [2] GÜNTHER, A.; NIGMANN, U.; ACHTZIGER, R. (2005): Analyse von Gefährdungsursachen für planungsrelevante Tiergruppen in Deutschland. In: Naturschutz und Biologische Vielfalt, Nr. 21, Hrsg. BfN.

Gregor Beyer ist Sprecher für Forst- und Jagdpolitik des NABU und u. a. für das forstliche Management verschiedener Liegenschaften des NABU zuständig. Jörg-Andreas Krüger ist Leiter des Fachbereichs Naturschutz- und Umweltpolitik des NABU.